

## **Volksschule. Grundlage für friedliches Zusammenleben und Wohlstand**

Von Christian Aeberli, Bildungsexperte, Chef Volksschulen im Kanton Aargau

Es ist kaum zu glauben. Sowohl Links wie Rechts gibt es ein paar Exponenten, die eine freie Schulwahl fordern. Sie nehmen in Kauf, dass damit die öffentliche Volksschule in ihren Grundfesten in Frage gestellt wird. Dabei ist die Volksschule vielleicht die wichtigste liberale «Erfindung» überhaupt. Sie stammt aus dem vorletzten Jahrhundert und ist rund 175 Jahre alt. Sie bildet die Grundlage für das friedliche Zusammenleben und den Wohlstand in unserem Land. Die freie Schulwahl widerspricht dem Grundgedanken der Volksschule: der gemeinsamen Förderung aller Kinder unabhängig ihrer sozialen, kulturellen oder religiösen Herkunft. Mit der freien Schulwahl ginge der Zusammenhalt in der Gesellschaft, in den Dörfern und den Quartieren verloren.

Die freie Schulwahl wäre ein absolut untaugliches Instrument, um die zukünftigen Herausforderungen der Gesellschaft zu bewältigen. Denn eine leistungsfähige Gesellschaft benötigt eine leistungsfähige Volksschule. Das Erfolgsmodell Schweiz ist eng mit der Entwicklung der Volksschule verknüpft. Ohne starke Volksschule leiden auch die Solidarität und die Integration. Niemand anderer leistet mehr dafür. Und der Arbeit der Volksschullehrpersonen ist es zu verdanken, dass das Bildungsniveau in der Schweiz immer noch hoch ist. Zwar gibt es in der Volksschule durchaus Reformpotenzial. Dieses würde jedoch mit der freien Schulwahl nicht ausgeschöpft.

Im Gegenteil: Die freie Schulwahl hätte ein Auseinanderklaffen der Schule zur Folge: in sehr gute und sehr schlechte Schulen, in Schulen mit tollen und weniger tollen Werbebroschüren, in teure und billige Privatschulen, in Dörfer und Quartiere mit und ohne Schulen, in Sieger- und Verliererschulen und, und, und .... Hinzu kämen für die Meisten längere Schulwege und damit verbunden mehr Verkehr auf Strasse und Schiene. Kaum lösbar wäre auch die Organisation und Planung des Schulangebots. Zudem gibt es keine einzige Studie, die nachweist, dass mit der freien Schulwahl die Leistungen der Schülerinnen und Schüler besser würden. Zusammengefasst wird mit der freien Schulwahl lediglich die Chancengerechtigkeit massiv abgebaut.

Deshalb ist jetzt eine Reform der Volksschule und nicht deren Schwächung durch die freie Schulwahl angesagt. Die in den vergangenen Jahren eingeschlagenen Veränderungen sowie die im Mai 2006 von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern mit weit über achtzig Prozent beschlossene Harmonisierung der Schweizer Schulstrukturen sind konsequent weiterzuverfolgen beziehungsweise umzusetzen. Hierzu trägt die von den Schweizer Erziehungsdirektorinnen und -direktoren beschlossene Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule vom Juni 2007 Wesentliches bei. Das so genannte HarmoS-Konkordat muss jetzt von den einzelnen Kantonen ratifiziert werden. Es tritt für alle Kantone in Kraft, wenn zehn Kanton zugestimmt haben.

Mit HarmoS wird in der Schweiz der Stichtag für die Einschulung einheitlich auf den 31. Juli festgelegt. Die Kinder treten dann im fünften Altersjahr entweder in der Kindergarten oder in eine so genannte Eingangsstufe ein. Im ganzen Land dauert somit die Primarschule inklusive Kindergarten acht und die Sekundarschule drei Jahre. Bedarfsgerechte Tagesstrukturen, deren Nutzung freiwillig ist, ergänzen das Angebot und können zu einer Verbesserung Schulsituation führen. Ein ganz wichtiges Element der Harmonisierung sind die sprachregionalen Lehrpläne und die Koordination der Lehrmittel. Damit wird der zunehmenden Mobilität der Familien Rechnung getragen. Es wird in Zu-

kunft also nicht mehr vorkommen, dass nach einem Wohnorts- beziehungsweise Schulwechsel mit völlig unterschiedlichen Lernprogrammen gearbeitet werden muss.

Andere Reformentwicklungen der Gegenwart und der Zukunft tragen ebenfalls zur Stärkung der öffentlichen Volksschulen bei. So haben mittlerweile die meisten Gemeinden eine Schulleitung eingerichtet. Ihnen obliegt die operative Führung der Schule vor Ort sowie deren Qualitätsentwicklung. Sie übernehmen die Verantwortung für die Leistungsfähigkeit der Schule, sie führen die Lehrpersonen und sie sind Ansprechpersonen für die Kinder, die Eltern und Gemeindebehörden. Zur kontinuierlichen Qualitätsverbesserung tragen ebenfalls vergleichende Schulleistungsuntersuchungen sowie in vielen Kantonen auch externe Schulevaluationen bei. Damit können die Schulqualität periodische überprüft und den Schulen Wege zur Weiterentwicklung aufgezeigt werden.

Eine wesentliche Aufwertung der Volksschulen plant der Kanton Aargau. Neu soll auf die sehr unterschiedlichen Herausforderungen der Schulen in den verschiedenen Gemeinden und Städten bei der Finanzierung der Schule geachtet werden. Aargauer Schulgemeinden mit schwierigeren Bedingungen, zum Beispiel in Spreitenbach, sollen bis zu vierzig Prozent mehr Unterrichtslektionen erhalten als Gemeinden mit kleineren Belastungen. Für jede Gemeinde wird ein Sozialindex zwischen 1,0 und 1,4 berechnet, der unter anderem die Arbeitslosenquote sowie den Anteil der Schülerinnen und Schüler aus dem Ausland berücksichtigt. Mit den zusätzlichen Mitteln, zum Beispiel für Teamteaching, soll die Qualität der Schule und des Unterrichts unabhängig von der sozialen Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gewährleistet und der Schulerfolg für alle Kinder und Jugendlichen erhöht werden.

Jedes Kind hat in der Schweiz ein Recht auf Bildung, ein Recht auf einen ausreichenden Grundschulunterricht. Dieses Recht auf Bildung kann im Endeffekt aber nur dann im eigentlichen Sinn angewendet werden, wenn es an ein Recht auf Qualität gekoppelt ist. Aus diesem Grund ist die Qualität der öffentlichen Volksschulen auf die beschriebene Art und Weise weiterzuentwickeln. Die freie Schulwahl führt in die Sackgasse indem nur die nachgefragten Schulen sich verbessern, die übrigen werden dagegen quasi fallengelassen. Alle Kinder und Jugendlichen in diesem Land haben das jedoch das Recht auf eine gute Bildung. Die Chancengerechtigkeit darf nicht aufgegeben werden; ansonsten fehlt die Basis für den sozialen Frieden.

Gerade in der heutigen globalisierten Wissensgesellschaft und -ökonomie ist Bildung von grosser Bedeutung. Dies gilt aus individueller Sicht als auch aus der übergeordneten volkswirtschaftlichen Perspektive. Eine gute Volksbildung erhöht sowohl die individuellen Arbeitschancen und die Lebensqualität der einzelnen Menschen als auch den Wohlstand der Gesellschaft. Bildung ist also eine sich lohnende Investition. Allerdings nur dann, wenn alle öffentlichen Schulen gute Arbeit leisten und damit bestens ausgebildete, kompetente, leistungsfähige und lernfreudige Menschen erzeugen.